Mag. Katharina Maimer

Matrikelnummer: 0200202

Exposé

Informationspflichten und Offenlegung bei Podcasts

nach österreichischem und EU-Recht

Fachbereich: **IT-Recht / Unternehmensrecht**

Betreuer: *Prof. Nikolaus Forgò*

Inhaltsverzeichnis

1. Arbeitstitel
2. Einleitung
3. Problemstellungen
4. Methode
5. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis
6. Zeit- und Arbeitsplan
7. Ausgewählte Literatur

1. Arbeitstitel

Informationspflichten und Offenlegung bei Podcasts
nach österreichischem und EU-Recht

2. Einleitung

In der Web 2.0 und New Media Bewegung bilden Podcasts eine Vorreiterrolle. Entstanden aus einer Ausweitung der Möglichkeiten eines Blogs wurden Podcasts bald zu einem weltweiten Phänomen. Ben Hammersley schrieb als Erster im Februar 2004 im Guardian[1] über den „Podcast". Als der Podcast als Begriff entstand, gab es in Österreich und der EU durch das Mediengesetz und die E-Commerce Richtlinie bereits rechtliche Vorgaben für dieses neue Phänomen. Durch die besondere Natur des Podcasts ist die rechtliche Einordnung jedoch keineswegs einfach und geradlinig. Der Podcast, der wie ein Blog mit neuen Folgen nach Belieben des Herausgebers veröffentlich wird, ist keineswegs ein andauernd laufender Stream. Ob Audio oder Video ist hier egal, beide Medien werden durch den Nutzer aktiv heruntergeladen und durch den Herausgeber mehr oder weniger regelmässig zur Verfügung gestellt. Viele Podcasts werden von ihren Nutzern jedoch abonniert, bedeutet dies, dass die neuesten Folgen automatisch heruntergeladen werden.

Im Bezug auf Informationspflichten sind hier mehrere Rechtsbereiche zu beachten. Durch die Mediengesetznovelle 2005 in Österreich und der viel diskutierten Impressumspflicht für Webseiten, stellte sich diese Frage natürlich auch für Podcasts. Im Gegensatz zu Webseiten ist der Podcast eine Rückkehr zu klassischeren Medien; er ist durch den Download der Audio- oder Videodateien schon einmal grundsätzlich wesentlich greifbarer als eine Webseite. Die Loslösung des Podcasts von der Webseite selber durch das Verwenden von Drittprogrammen zum Download macht eine klare Aussage über das „Wo" von eventuellen Informationspflichten weiters schwierig. Zu

[1] http://www.guardian.co.uk/media/2004/feb/12/broadcasting.digitalmedia, Guardian, 12. Februar 2004.

allerletzt erinnert das Abonnieren von Podcasts an ein klassisches Magazin-Abonnement und die Möglichkeiten die durch einen Podcast entstehen, machen diesen zu einem wesentlich interaktiveren Erlebnis als eine Webseite es ist. Auch vom Blog unterscheidet sich der Podcast dadurch, dass er nicht nur aus reinem Text besteht, sondern Audio- und Video Dateien enthält und in weiterer Folge auch die Meta Daten in den einzelnen Folgen.

Aus diesen Gründen ist eine medienrechtliche Betrachtungsweise dieses neuen Mediums besonders interessant, da wir hier eine Loslösung von der Webseite als auch in vielen Aspekten eine Rückkehr zu klassischen Medien beobachten können.

Danach folgt eine E-Commerce rechtliche Analyse von Podcasts, mit dem zentralen Punkt ob und unter welchen Bedingungen ein Audio oder Video Podcast ein Dienst der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie und des ECG sein kann. Gerade durch die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten von Podcasts ist hier die Grenze für die Anwendbarkeit der Informationspflichten im E-Commerce oft ungenau und muss für den Produzent von Podcast konkret definiert werden.

Es ist weiters möglich, dass ein Podcast unter den Anwendungsbereich des KSchG fällt. Hier sind die technischen Möglichkeiten soweit fortgeschritten, man denke an Podcasts im AAC Format wo Links eingebettet sein können die z.B. zu Bestellformularen führen von Produkten, die gerade beworben werden. Auch der Podcast selber kann die Ware sein, was zu einem Vertragsabschluss im Fernabsatz führt und die dahinter liegenden Informationspflichten nach sich zieht.

Immer öfter werden Podcasts auch als Werbung von Unternehmen verwendet, weswegen auch Informationspflichten gemäß UGB und FBG beachtet werden müssen.

Zusammenfassend zieht sich durch alle Rechtsgebiete die Frage, wie ein Rechtsverstoß geahndet wird und wer im speziellen Fall aktivlegitimiert ist.

3. Problemstellungen & Methode

Bevor die juristische Arbeit an dieser Dissertation begonnen wird, muss genauer betrachtet werden, was ein Podcast ist. Wie in der Einleitung schon kurz beschrieben, kann durch die vielfältige Nutzungsweise von Podcasts, der Effekt auf den Nutzer und in weitere Folge auch die rechtlichen Voraussetzungen stark variieren. Die Inhaltliche Bandbreite und die Tatsache, dass Podcasts sowohl in Video als auch in Audio Format erhältlich sind, erweitert auch das Spektrum der potentiell anwendbaren Rechtsnormen. Es müssen folglich auch Normen wie das Privatradiogesetz und das Audiovisuelle Mediendienstegesetz im Zusammenhang mit Podcasts betrachtet werden.

Die grundsätzliche Forschungsarbeit wird darin bestehen, die Literatur und Entscheidungen zu den Informationspflichten von Webseiten und Neuen Medien zu sammeln und auszuwerten. Dies geschieht mit einem besonderen Blick darauf, welche dieser Bestimmungen auch auf Podcasts anwendbar sind. Auch eine genaue Analyse der verschiedenen Arten von Podcasts beeinflussen stark die Anwendbarkeit der verschiedenen Rechtsbereiche.

Bei einer rechtlichen Betrachtung von Medien ist hier immer zu beachten, wer wovor geschützt werden soll. Eine teleologische Auslegung der Gesetzestexte im Rahmen der Dissertation ist daher eine Zielführende, weil einerseits der Podcast meist als kostenloses Medium konsumiert wird und auch oft von Privatpersonen betrieben wird. Nicht wie bei klassischen Medienunternehmen steht hier oft kein finanzielles Interesse das über eine Selbsterhaltung hinausgeht dahinter. Es ist hier also genau zu betrachten wer den Podcast betreibt, wer das Zielpublikum ist und was der Schutzzweck der Norm umfasst.

4. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

II. Der Podcast

III. Medienrecht

1. MedienG
    a. Podcast als Medium
    b. Impressumspflicht
    c. Offenlegungspflicht
    d. Durchsetzung bei Verletzung
2. Audiovisuelle Mediendienste Richtlinie
    a. Podcast als Audiovisuelles Medium
    b. Informationspflichten
    c. Durchsetzung bei Verletzung

IV. Konsumentenschutzrecht

1. KSchG
    a. Vertragsabschluss im Fernabsatz
    b. Informationspflichten
    c. Durchsetzung bei Verletzung
2. Fernabsatzrichtlinie
3. Änderungen im europäischen Fernabsatzrecht

V. E-Commerce-Recht

1. E-Commerce-Gesetz
    a. Dienst der Informationsgesellschaft
    b. Informationspflichten
    c. Durchsetzung bei Verletzung
2. E-Commerce-Richtlinie

VI. Unternehmensrecht

1. UGB & FBG
    a. Podcast als Unternehmer
    b. Informationen auf Geschäftspapieren

c. Durchsetzung bei Verletzung
2. FBG
VII. Weitere Informationspflichten
1. Grundrechte
2. Zivilrecht
3. Datenschutz
4. Strafrecht
VIII. Conclusio
IX. Abkürzungsverzeichnis
X. Literaturverzeichnis
XI. Anhang

5. Zeit- und Arbeitsplan

WS 2010/2011

Seminar zur fakultätsöffentlichen Präsentation des Dissertationsthemas

Recherche zum Medienrecht und den Richtlinien

Struktur der Dissertation erarbeiten

SS 2011

Judikatur - oder Textanalyse

Juristische Methodenlehre

Medienrecht "Persönlichkeitsschutz im Straf- u Medienrecht i.d. Praxis" (1 SWS)

Regulierung neuer Technologien (1 SWS)

Recherche in Deutschland und Großbritannien

Recherche an der University of Edinburgh

Hauptteil schreiben

Einreichen des Exposés und Dissertationsthemas

WS 2011/2012

Seminar im Dissertationsfach

Weiteres Dissertantenseminar

Wahlfächer (4 SWS)

Hauptteil der Dissertation schreiben

6. Ausgewählte Literatur

Bücher

Aicher/Holoubek (Hrsg.), Das Recht der Medienunternehmen (1998) Verlag Orac, Wien

Berka/Grabenwarter/Holoubek, Gemeinschaftsrecht & Rundfunk (2007) Manz, Wien

Berka/Grabenwarter/Holoubek (Hrsg.), Medien im Web – Viertes Rundfunkforum (2009) Manz, Wien

Berka/Höhne/Noll/Polley, Praxiskommentar Mediengesetz2 (2005) LexisNexis, Wien

Blume, E-Commerce und Binnenmarktprinzip in der EG (2002) NWV, Wien

Brenn, E-Commerce-Gesetz Kommentar (2002) Manz, Wien

Burgstaller/Minichmayr, E-Commerce-Gesetz Praxiskommentar (2002) Medien und Recht, Wien

Ciresa, Rechtsberatung Internet – Handbuch zum Multimediarecht (2010) Weka, Wien

Forgó/Feldner/Witzmann/Dieplinger, Probleme des Informationsrechts (2003) Manz, Wien

Gruber, Medienrecht und neue Medien (2005) LexisNexis, Wien

Hohensinn, Das Herkunftslandprinzip in der Mediendiensterichtlinie (2010) NWV, Wien

Hören/Sieber, Handbuch Multimedia Recht (2010) C.H. Beck, München

Holoubek/Kassai/Traimer, Grundzüge des Rechts der Massenmedien (2010) Springer, Wien

Jaksch-Ratajczak (Hrsg.), Aktuelle Rechtsfragen der Internetnutzung (2010) Facultas, Wien

Kästenbauer, Österreichische Medien und der Vertrag von Lissabon (2010) Facultas, Wien

Kogler, TV on Demand (2010) Manz, Wien

Kogler/Traimer/Truppe, Österr. Rundfunkgesetze (2008) Medien und Recht, Wien

Koziol, Persönlichkeitsschutz gegen Massenmedien (2005) Springer, Wien

Koziol/Seethaler/Thiede, Medienpolitik und Recht (2010) Jan Sramek, Wien

Kresbach, E-Commerce (2002) Linde, Wien

Laga/Sehrschön/Ciresa, E-Commerce-Gesetz (2007) LexisNexis, Wien

Litzka/Strebinger, MedienG (2005) Manz, Wien

Marek/Omasitz, Österreichische Online Medien (2008) Facultas, Wien

Mathä, Der Persönlichkeitsschutz im deutschen und österreichischen Medienrecht (2006) WiKu Verlag, Hamborn

Schatzmann, Meinungsfreiheit im Internet (2008) Verlag Österreich, Wien

Sparrow, The Law of Internet & Mobile Communications (2004) tfm, Shrewsbury

Vartian, Privatfernsehrecht (2002) Verlag Österreich, Wien

Zacharias, Die Dynamik des Medienrechts (2001) Verlag Österreich, Wien

Zankl, E-Commece-Gesetz (2002) Verlag Österreich, Wien

Zeder, MedienG, Textausgabe mit Materialien (2005) Verlag Österreich, Wien

Zöchbauer, Mediengesetz, MedienGNov 2005 (2005) Medien und Recht, Wien

Artikel

Amling/Fisch, Digitale Rundfunkangebote im Netz, ZUM 2009, 442

Anderl, Das neue Mediengesetz, ecolex 2005, 701

Bauer/Einem, Handy-TV – Eine neue Herausforderung für die Rundfunkregulierung?, MMR 2007, 423

Bauer/Reidlinger, Medienfusionskontrolle und Gemeinschaftsrecht, MR 2004, 357

Bretschneider, Britisches Medienkonzentrationsrecht als Vorbild?, ZUM 2010, 418

Castendyk/Böttcher, Ein neuer Rundfunkbegriff für Deutschland? Die Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste und der deutsche Rechtsbegriff, MMR 2008, 13

Deutsch, Das neue Webradio: Podcasting, ÖBl 2007/2

Dierking/Möller, Online-TV und das „Long-Tail"-Phänomen verändern die Grundlagen der Rundfunkordnung, MMR 2007, 426

Dörr, Medienrechtliche Probleme des Internet, http://remus-hochschule.jura.uni-saarland.de/web-dok/20020006.pdf (15.01.2011)

Grewenig, Telekommunikationsrecht sticht Medienrecht? – Die Rundfunkinteressen bei der TKG-Novelle, MMR 2010, 801

Hesse, Die Umsetzung der Werbebestimmungen der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in deutsches Recht aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ZUM 2009, 718

Höhne/Rami/Zöchbauer, Der Entwurf einer Mediengesetz-Novelle 2004 (Teil I), MR 2004, 227

Höhne/Rami/Zöchbauer, Der Entwurf einer Mediengesetz-Novelle 2004 (Teil II), MR 2004, 307

Kassai/Kogler, Evolution in der Television – Die Mediendienste-Richtlinie: Medienregulierung vor neuen Herausforderungen, MR 2008, 42

Klaes, Verfassungsrechtlicher Rundfunkbegriff und Internet, ZUM 2009, 135

Kleist, 20 Jahre EMR: Europäisches Medienrecht weiter auf dem Vormarsch, MMR 2010, 513

Knauer, Neue juristische Publikationsformate im Internet – Stand, Perspektiven und Auswirkungen von Open Access, Wikis, Blogs, Twittern und Podcasts, NJOZ 2009, 3004

Kogler, Rundfunk und Onlinemedien, JRP 2009, 190

Krammer, Der Einzug des Internet-Zeitalters in das Mediengesetz, GesRZ 2005, 186

Ott, Impressumspflicht contra Spam-Vermeidung, http://www.jurpc.de/aufsatz/20050078.htm (15.01.2011)

Ott, Impressumspflicht für Webseiten – Die Neuregelung nach § 5 TMG, § 55 RStV, MMR 2007, 354

Platho, Die Systematik von Schleichwerbung und Produktplatzierung und ihre Verfehlung in der AVMD-Richtlinie, MMR 2008, 582

Rami, Ist § 38 MedienG ein Medieninhaltsdelikt?, MR 2005, 7

Rauschhofer, Der Widerrufsanspruch im Internet, http://www.jurpc.de/aufsatz/20010120.htm (15.01.2011)

Rauschhofer, Mediendienste im World Wide Web, http://www.jurpc.de/aufsatz/20000241.htm (15.01.2011)

Renzl, Die Veröffentlichungsansprüche – Konsumtion und Kumulation?, MR 2004, 87

Scherbaum, Die Gegendarstellung im Internet, MR 2003, 359

Schmid/Kitz, Von der Begriffs- zur Gefährdungsregulierung im Medienrecht, ZUM 2009, 739

Schmidbauer, Das Anti-Web-Gesetz, http://www.i4j.at/news/aktuell66a.htm (15.01.2011)

Schmidbauer, Impressum Pflicht!, http://www.i4j.at/news/aktuell64a.htm (15.01.2011)

Schmidbauer, Teil-Entwarnung, http://www.i4j.at/news/aktuell65a.htm (15.01.2011)

Schulz, Medienkonvergenz light – Zur neuen europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, EuZW 2008, 107

Urbantschitsch, Medienrecht, ecolex 2008, 213

Wiedenbauer, Online-Magazine und medienrechtliche Ordnungsvorschriften, MR 2001, 73

Zeder, Medienrecht im Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz, ÖJZ 2011/4

Zöchbauer, Der Begriff des „objektiven Tatbestandes“ im MedienG, MR 2000, 283

Zöchbauer, Der neue Strafprozess – Auswirkungen auf das Medienverfahren, MR 2007, 417

Zöchbauer, Entwurf einer Mediengesetznovelle, MR 2004, 163

Zöchbauer, MedienG-Nov 2005 – Was ist neu?, MR 2005, 164

Zöchbauer, Regierungsvorlage zur Mediengesetznovelle 2005, MR 2004, 389